

5.3 Einkommensentwicklung und Armut nach Bevölkerungsgruppen – Verteilung, Angleichung und Dynamik

Jan Goebel, Peter Krause
Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

WZB/SOEP

Die Einkommen privater Haushalte bilden die zentralen Ressourcen der Bevölkerung für die Sicherung des individuellen Lebensstandards und sind maßgeblich bei der Bewältigung von Krisen. Die Verteilung der Einkommen in einer Gesellschaft gibt im zeitlichen Verlauf darüber Auskunft, inwieweit alle Bevölkerungsteile an der Wohlstandsentwicklung partizipieren oder ob einzelne Bevölkerungsgruppen gefährdet sind, von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen zu werden.

In diesem Kapitel werden mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) die langjährigen Einkommensentwicklungen in Deutschland für den Zeitraum 1992 bis 2022 beschrieben. Die Jahre 2020 bis 2022 geben dabei Hinweise auf die Auswirkungen der wirtschaftlichen Einschnitte infolge der Coronapandemie sowie erste Anzeichen der politischen und wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine seit Februar 2022. Entsprechend uneinheitlich sind die Einkommenskennziffern in diesem krisenreichen Zeitabschnitt. Bei langjähriger Betrachtung sind die Realeinkommen bis 2021 gestiegen, dann aber – laut der aktuell noch vorläufigen Daten – nach dem starken Preisauftrieb infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine im Jahr 2022 real gesunken. Die Ungleichheit in der Verteilung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wie auch der Abstand zwischen armen und reichen Haushalten blieben bis zum Jahr 2022 in Deutschland weiterhin hoch. Bei der Berechnung der Jahreseinkommen werden hier – soweit nicht anders ausgewiesen – nur rein monetäre Einkünfte betrachtet. Einkommensvorteile durch selbstgenutztes Wohneigentum (»imputed rent«) bleiben hierbei ebenso unberücksichtigt wie Ausgaben für Unterhaltsleistungen oder Wohnkosten. Neben der allgemeinen Einkommensentwicklung wird dabei auch der Verlauf der Angleichung der Einkommen zwischen Ost- und Westdeutschland sowie die Verteilung der Einkommen von

Personen mit Migrations- und Fluchthintergrund dokumentiert. Die Einkommensungleichheit und die Betroffenheit von Niedrigeinkommen und Einkommensarmut geben darüber hinaus Auskunft über die relative Schichtung der Einkommen sowie über die Polarisierung zwischen Arm und Reich. Das Ausmaß der Einkommens- und Armutsdynamik in Deutschland, die hier ebenfalls im zeitlichen Verlauf dargestellt werden, gibt Hinweise auf die Chancen von Einkommensaufstiegen und Risiken von Einkommensverlusten und beschreibt so auch die Offenheit der Einkommenschichtung und deren Widerstandsfähigkeit bei politischen und wirtschaftlichen Krisen. ► [Info 1](#)

5.3.1 Einkommensentwicklung und -verteilung

Die verfügbaren durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen (gemessen am Median) der privaten Haushalte sind nach den Daten des SOEP in Deutschland nominal von monatlich 905 Euro im Jahr 1992 auf 2 000 Euro im Jahr 2022 gestiegen. Legt man die Preise von 2022 zugrunde, haben sich die Monateinkommen im selben Zeitraum real (zu konstanten Preisen) von 1 544 auf 2 000 Euro erhöht. Die entsprechenden Vorjahreseinkommen lagen nominal im Jahr 2021 bei 25 518 Euro und real – zu den an das Einkommensjahr angepassten Preisen von 2022 – bei 28 135 Euro. Den nachfolgenden Berechnungen liegen Realeinkommen zu Preisen von 2022 auf Basis der vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Lebenshaltungskosten (nach dem Wägungsschema von 2020) zugrunde.

Während die Nominaleinkommen durchgehend stiegen, zeigen sich bei den Realeinkommen seit Beginn der 1990er-Jahre längere Phasen mit einem eher geringen Einkommenswachstum bei deutlichen konjunkturellen Schwankungen. Nach dem mit der deutschen Vereinigung eingetretenen wirtschaftlichen Boom und den zunächst hohen Einkommenszuwächsen in Ostdeutschland erhöhten sich

► Info 1

Daten und Methoden

Die Einkommen werden im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) im Rahmen der jährlichen Befragungen detailliert erfasst: Zum einen wird das monatliche Haushaltsnettoeinkommen erfragt, also die regelmäßigen Einkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich erhaltener Sozialtransfers. Zum anderen werden jeweils für das zurückliegende Jahr die individuellen (Brutto-)Einkommen aller aktuell im Haushalt befragten Personen erhoben. Diese individuellen Einkommenskomponenten werden über den Haushalt aufsummiert und liefern so, mithilfe einer Schätzung der Steuer- und Sozialabgaben, die Jahresnettoeinkommen des Vorjahres. Bei den Jahreseinkommen sind neben einmaligen Sonderzahlungen (zum Beispiel 13., 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld) auf diese Weise auch Steuerrückzahlungen implizit berücksichtigt.

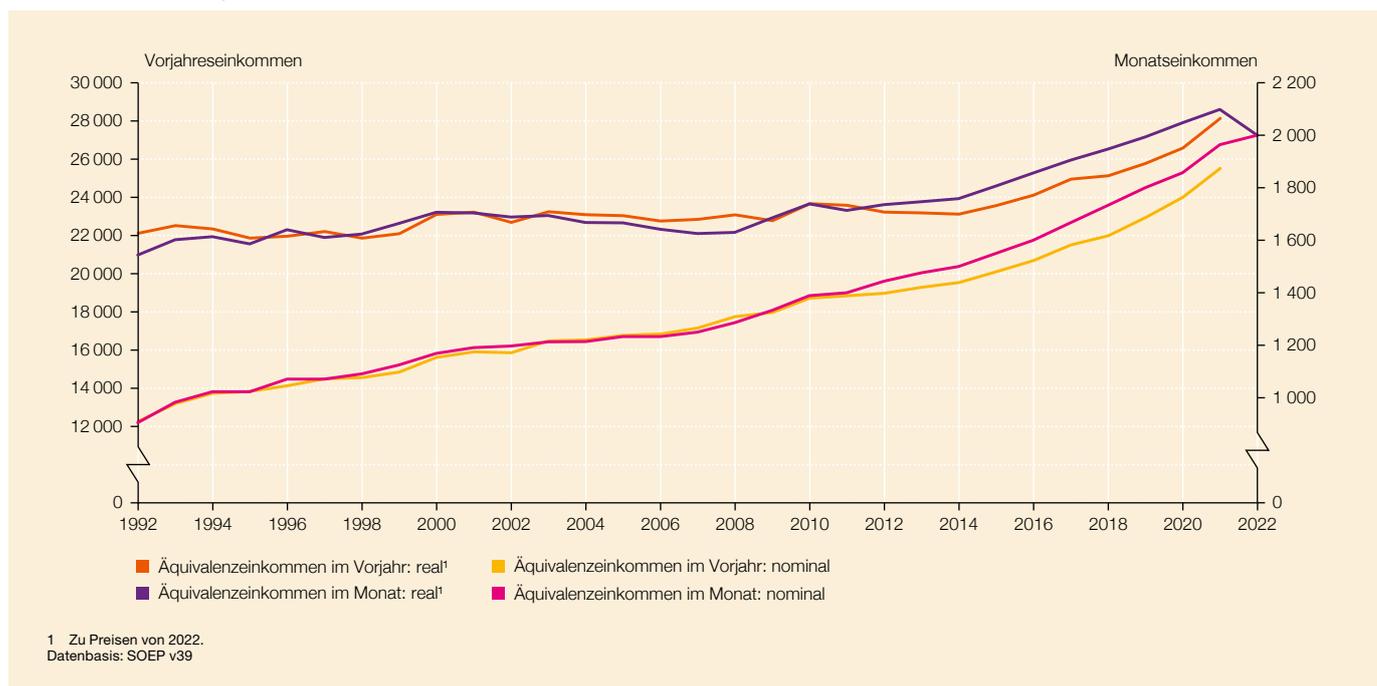
Die erhobenen Monatseinkommen bilden die zum Interviewmonat aktuell verfügbaren ökonomischen Ressourcen für alle zu diesem Zeitpunkt im Haushalt lebenden Personen ab. Die Jahreseinkommen beschreiben demgegenüber die von jeder aktuell im Haushalt lebenden Person im Vorjahr erzielten Markt- und Nettoeinkünfte. Beide Einkommenskonzepte unterscheiden sich damit nicht nur hinsichtlich des zeitlichen Bezugsrahmens, sondern auch in ihrer Erhebungsweise und Ausrichtung. Im Kapitel werden deshalb Daten zu beiden Konzepten präsentiert.

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, werden alle Haushaltseinkommen entsprechend dem EU-weit standardisierten Vorgehen unter Verwendung der revidierten OECD-Skala in sogenannte »Äquivalenzeinkommen« (siehe Kapitel 5.2, Info 3, Seite 196) – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – umgerechnet. Alle Einkommensangaben werden in Euro ausgewiesen. Die Einkommen wurden für Ost und West bis 1997 jeweils getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst. Bei der Darstellung der (realen) Einkommensentwicklung sind zwischen 2010 und 2015 mehrere methodische Anpassungen (Zensusbruch und stufenweise Anpassung der Hochrechnungsrahmen an detailliertere Informationen zum Migrationshintergrund) zu beachten. Zudem erfolgte zwischen 2020 und 2021 ein Wechsel des Erhebungsinstituts, sodass die dargestellten Einkommensentwicklungen in diesem Zeitraum höhere Schwankungen aufweisen können. Die Berechnung der Armutsgrenzen erfolgt auf Grundlage der gesamtdeutschen Einkommensverteilung anhand der Realeinkommen zu Preisen von 2022. Die Analysen beziehen sich auf Personen und repräsentieren – soweit nicht anders ausgewiesen – die in privaten Haushalten lebende gesamte Bevölkerung in Deutschland. Die Anstaltsbevölkerung (zum Beispiel in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt. Bei der Darstellung der Einkommensintegration von Schutzsuchenden (Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geflüchtete) werden zudem auch Personen in Gemeinschaftsunterkünften berücksichtigt.

die Einkommen in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre nur wenig. Zur Jahrtausendwende erfolgte erneut ein Einkommensanstieg, gefolgt von einer längeren Phase wirtschaftlicher Rezession mit zum Teil sogar rückläufigen Einkommensentwicklungen. Real – also unter Berücksichtigung der gestiegenen Preise für die Lebenshaltung (Lebenshaltungskosten) – sind (nach den hier vorliegenden vorläufigen Daten) die Einkommen im Jahr 2022 im Jahresmittel gesunken. ► Abb 1

Die Betrachtung von mittleren Einkommenswerten sagt allerdings noch nichts darüber aus, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind. Allgemeine Indikatoren zur Beschreibung der Einkommensungleichheit sind die Anteile am Gesamteinkommen nach Einkommenschichten und deren Verhältnisse, die Verhältnisse von Einkommensschwellen sowie zusammenfassende Ungleichheitsmaße wie der Gini-Koeffizient (siehe Kapitel 5.2, Info 5, Seite 197). Hier zeigt sich, dass die ärmsten 20 % der Bevölkerung (das unterste Quintil) bis zum Jahr 2000

► Abb 1 Entwicklung der Äquivalenzeinkommen der privaten Haushalte (Median) – in Euro



über knapp 10 % des monatlichen Gesamteinkommens verfügten. Nach dem Jahr 2000 ging der Einkommensanteil des ärmsten Quintils bis 2021 und 2022 auf 8,5 % stetig zurück. Die reichsten 20 % (das oberste Quintil) hatten demgegenüber bis 2000 etwa 35 % des monatlichen Gesamteinkommens zur Verfügung. Ab Beginn der 2000er-Jahre bis zu den Jahren 2005 bis 2009 stieg der Anteil allmählich auf fast 37 % an. Für das Jahr

2022 lag der Wert weiterhin knapp unter 37 %. Der Abstand zwischen Arm und Reich vergrößerte sich damit im langjährigen Verlauf und stagnierte seit 2010. ▶

Tab 1

Eine ähnliche Entwicklung geht auch aus dem Gini-Koeffizienten, einem zusammenfassenden Ungleichheitsmaß, hervor: Dieser stieg bezogen auf die monatlich verfügbaren Einkommen von einem mittleren Wert von 0,24 in den Jahren 1995

bis 1999 zunächst auf 0,27 in den Jahren 2005 bis 2009 und erreichte mit 0,28 und mehr im Jahr 2021 einen neuen Höchstpunkt. Die vorjahresbezogenen Einkommen der privaten Haushalte sind im Allgemeinen etwas ungleicher verteilt als die enger gefassten monatlichen, da sie auch unregelmäßige Einkünfte oder unterjährige Sonderzahlungen wie Boni beinhalten. Die Ungleichheit der verfügbaren Vorjahreseinkommen stieg von einem

▶ Tab 1 Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte

	Perioden						Jahre		
	1995–1999	2000–2004	2005–2009	2010–2014	2015–2019	2020–2022 ¹	2020	2021	2022 ¹
Mittelwert (mean) des Äquivalenzeinkommens (real, zu Preisen von 2022, in Euro)									
im Monat	1 806	1 886	1 873	1 971	2 122	2 289	2 265	2 341	2 263
im Vorjahr	24 537	25 866	26 214	26 815	28 182	31 097	30 178	32 007	.
Änderungsrate (in %)²									
im Monat	.	4,4	–0,7	5,2	7,7	7,9	.	3,3	–3,3
im Vorjahr	.	5,4	1,3	2,3	5,1	10,3	.	6,1	.
Median des Äquivalenzeinkommens (real, zu Preisen von 2022, in Euro)									
im Monat	1 624	1 692	1 648	1 738	1 898	2 041	2 047	2 098	2 000
im Vorjahr	21 991	23 081	22 901	23 369	24 727	27 419	26 581	28 135	.
Änderungsrate (in %)²									
im Monat	.	4,2	–2,6	5,5	9,2	7,5	.	2,5	–4,7
im Vorjahr	.	5,0	–0,8	2,0	5,8	10,9	.	5,8	.
Einkommensanteile (Äquivalenzeinkommen im Monat)									
der reichsten 10 %	20,8	21,5	22,4	22,3	22,1	22,5	22,0	22,9	22,5
der reichsten 20 %	34,7	35,5	36,6	36,7	36,6	36,8	36,3	37,2	36,8
der ärmsten 40 %	24,8	24,2	23,4	23,0	22,6	22,5	22,7	22,4	22,5
der ärmsten 20 %	10,0	9,7	9,4	9,2	8,8	8,6	8,7	8,5	8,5
Einkommensungleichheit (Äquivalenzeinkommen im Monat)									
Gini-Koeffizient	0,244	0,254	0,270	0,274	0,275	0,280	0,273	0,285	0,280
Verhältnis der Einkommensanteile (Q5 / Q1) ³	3,48	3,66	3,91	3,99	4,16	4,29	4,16	4,38	4,33
Verhältnis der Dezilsschwellen (P90 / P10) ⁴	2,94	3,05	3,27	3,39	3,51	3,53	3,51	3,48	3,60
Einkommensungleichheit (Äquivalenzeinkommen im Vorjahr)									
Gini-Koeffizient	0,253	0,260	0,283	0,285	0,291	0,298	0,294	0,303	.
Palma-Ratio ⁵	0,878	0,914	1,034	1,041	1,072	1,110	1,092	1,127	.
Preisindizes⁶									
für Lebenshaltung in Deutschland	66,2	70,7	76,8	82,9	87,8	94,8	90,7	93,6	100,0

1 Äquivalenzeinkommen im Vorjahr im Jahr 2022 nicht ausgewiesen.

2 Prozentuale Steigerung gegenüber dem in der Vorspalte angegebenen Zeitraum beziehungsweise Zeitpunkt.

3 Verhältnis der Einkommenssumme im 5. Quintil zur Einkommenssumme im 1. Quintil.

4 Die jeweilige Dezilsschwelle teilt die nach steigendem Einkommen sortierten Beobachtungen, so ist P10 derjenige Einkommenswert, bei dem 10 % der Bevölkerung unterhalb dieses Wertes liegen und 90 % darüber.

5 Verhältnis der Einkommensanteile (reichste 10 %/ärmste 40 %).

6 Die jährlichen Preisindizes werden bis 1997 für Ost und West getrennt berechnet (im Zeitraum 1995–1999 Ost 66,08 und West 66,22). Sie beziehen sich bei (Vor-)Jahresangaben jeweils auf das Einkommens(vor)jahr.

. Zahlenwert nicht ausgewiesen.

Datenbasis: SOEP v39

► Abb 2 Entwicklung der Einkommensungleichheit bei Haushaltsnetto- und Haushaltseinkommen (Gini) und der Umverteilungsraten



1 Umverteilungsraten in %: $(\text{Gini Marktinkommen} - \text{Gini Haushaltsnettoeinkommen}) / \text{Gini Marktinkommen}$.
Datenbasis: SOEP v39

mittleren Wert von 0,25 in den Jahren 1995 bis 1999 auf 0,28 in den Jahren 2005 bis 2009 und erreichte 2021 mit 0,30 ebenfalls einen neuen Höchstwert. Übereinstimmend zeigen alle Ungleichheitsindizes einen Anstieg gegenüber den zurückliegenden Dekaden bis zu den Jahren 2005 bis 2009, der sich bis zu den Jahren 2015 bis 2019 verhalten fortsetzt. Seit 2020 haben sich die Ungleichheitsziffern leicht erhöht.

Anhand des jahresbezogenen Einkommenskonzepts lassen sich zudem Ungleichheitsziffern für die zugrunde liegenden Marktinkommen (Haushaltsbruttoeinkommen) berechnen. Diese werden in den privaten Haushalten vor Eingriff des Staates erzielt, also ohne Berücksichtigung von direkten Steuern und Sozialtransfers. Hieran wird deutlich, dass die

Ungleichheit der in den privaten Haushalten jeweils erwirtschafteten Marktinkommen (mit und ohne gesetzliche Alters-, Hinterbliebenen- und Unfallrenten) noch erheblich stärker gestiegen ist als bei den daraus hervorgehenden Haushaltsnettoeinkommen: Der Gini-Koeffizient der in den privaten Haushalten erzielten Marktinkommen hat sich seit der deutschen Vereinigung bis 2006 stetig erhöht und verharrt seitdem auf hohem Niveau. Diese erhebliche Zunahme an Ungleichheit der überwiegend aus Erwerbstätigkeit erzielten Marktinkommen trug bis 2006 maßgeblich zu einer zunehmend größeren Ungleichheit der daraus abgeleiteten Nettoeinkommen der privaten Haushalte bei. ► Abb 2

Die Ungleichheit der haushaltsbezogenen Markt- und Nettoeinkommen wird

von den Entwicklungen am Arbeitsmarkt, von soziodemografischen Veränderungen sowie von Maßnahmen im Bereich der sozialstaatlichen Sicherung bestimmt. Die relative Differenz der beiden Ungleichheitskoeffizienten (Ungleichheit des Haushaltsbrutto- und Haushaltsnettoeinkommens) illustriert, inwieweit sozialstaatliche Eingriffe in Form von direkten Steuern und Transfers die Ungleichheit reduzieren. Im Zuge der deutschen Vereinigung stieg der Einfluss der sozialstaatlichen Umverteilung in den 1990er-Jahren stark an. Die durch staatliche Maßnahmen erfolgte Reduzierung an Ungleichheit verringerte sich seit 2006 wieder und ist insbesondere seit 2019 weiter gesunken. Sie lag auch nach Einschluss der Rentenleistungen zuletzt unter dem Niveau der mittleren 1990er-Jahre.

► Tab 2 Einkommensschichtung und Einkommensarmut – in Prozent

	Perioden						Jahre		
	1995–1999	2000–2004	2005–2009	2010–2014	2015–2019	2020–2022 ¹	2020	2021	2022 ¹
Äquivalenzeinkommen im Monat (real)									
Bevölkerungsanteile nach Einkommensschichten (Median = 100 %)									
≥ 300 %	1,0	1,2	1,7	1,6	1,3	1,4	1,1	1,6	1,6
200 bis < 300 %	4,5	4,8	5,8	5,8	5,3	5,5	5,3	5,3	6,0
150 bis < 200 %	10,8	10,7	11,5	11,5	12,1	11,9	11,2	11,8	12,7
125 bis < 150 %	12,5	12,3	11,7	12,6	12,7	12,6	13,2	11,8	12,8
100 bis < 125 %	22,2	21,1	19,9	18,9	19,0	19,9	19,3	19,6	20,8
75 bis < 100 %	26,2	26,0	24,6	22,7	22,1	21,6	22,6	21,8	20,5
60 bis < 75 %	12,1	12,1	12,1	12,8	11,4	11,2	11,0	12,0	10,6
50 bis < 60 %	5,3	5,8	6,3	6,9	7,4	6,6	7,1	6,5	6,0
< 50 %	5,5	6,0	6,5	7,1	8,8	9,3	9,3	9,6	9,1
Armutsschwelle: 60 % des Medians									
FGT(0) (Armutsquote)	10,9	11,8	12,9	14,0	16,1	15,9	16,4	16,1	15,1
FGT(1) (Armutslücke)	2,2	2,5	2,8	3,0	3,6	4,1	3,8	4,3	4,1
FGT(2) (Armutsintensität)	0,7	0,9	1,0	1,0	1,3	1,6	1,4	1,8	1,7
Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real)									
Armutsschwelle: 60 % des Medians									
FGT(0) (Armutsquote)	11,2	12,0	13,9	14,4	15,7	16,7	16,4	17,0	.
FGT(1) (Armutslücke)	2,7	2,9	3,3	3,3	4,0	4,6	4,3	5,0	.
FGT(2) (Armutsintensität)	1,1	1,2	1,3	1,3	1,6	2,0	1,7	2,3	.

1 Äquivalenzeinkommen im Vorjahr im Jahr 2022 nicht ausgewiesen.
Datenbasis: SOEP v39

5.3.2 Einkommensschichtung und relative Armut

Die Zunahme der Ungleichheit geht mit einer Veränderung der Einkommensschichtung einher. Bei der Schichtung der Bevölkerung nach Einkommen werden verschiedene Einkommensklassen in prozentualer Relation zu einem Referenzwert, hier dem mittleren Wert der Einkommensverteilung (Median), betrachtet. Die beiden untersten Einkommensschichten mit weniger als 60 beziehungsweise 50 % des bedarfsgewichteten Medianeinkommens leben in relativer Einkommensarmut (unter 60 % des Medianeinkommens) oder strenger Einkommensarmut (unter 50 % des Medianeinkommens). Die höchsten Einkommensklassen – ab dem Doppelten des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens (also ab 200 % des Median-

einkommens) – kennzeichnen den Bevölkerungsanteil mit ausgeprägtem materiellem Wohlstand.

Anhand der relativen Einkommensschichtung lassen sich die bei der Einkommensungleichheit beschriebenen Trends differenzierter abbilden. Es lässt sich ablesen, inwieweit alle Bevölkerungsteile in gleicher Weise an der Wohlstandsentwicklung des Landes teilhaben. Die Bevölkerungsanteile am unteren Rand der Einkommensverteilung erhöhten sich in den vergangenen Dekaden kontinuierlich. Auch die Bevölkerungsanteile am oberen Rand erhöhten sich bis 2009, gingen dann bis 2020 wieder etwas zurück und sind seit 2021 wieder gestiegen. Entsprechend waren die Anteile in den dazwischenliegenden mittleren Einkommensschichten im langjährigen Ver-

lauf Schwankungen unterworfen, die aber nicht linear für alle Teilgruppen gleichermaßen erfolgten. ► Tab 2

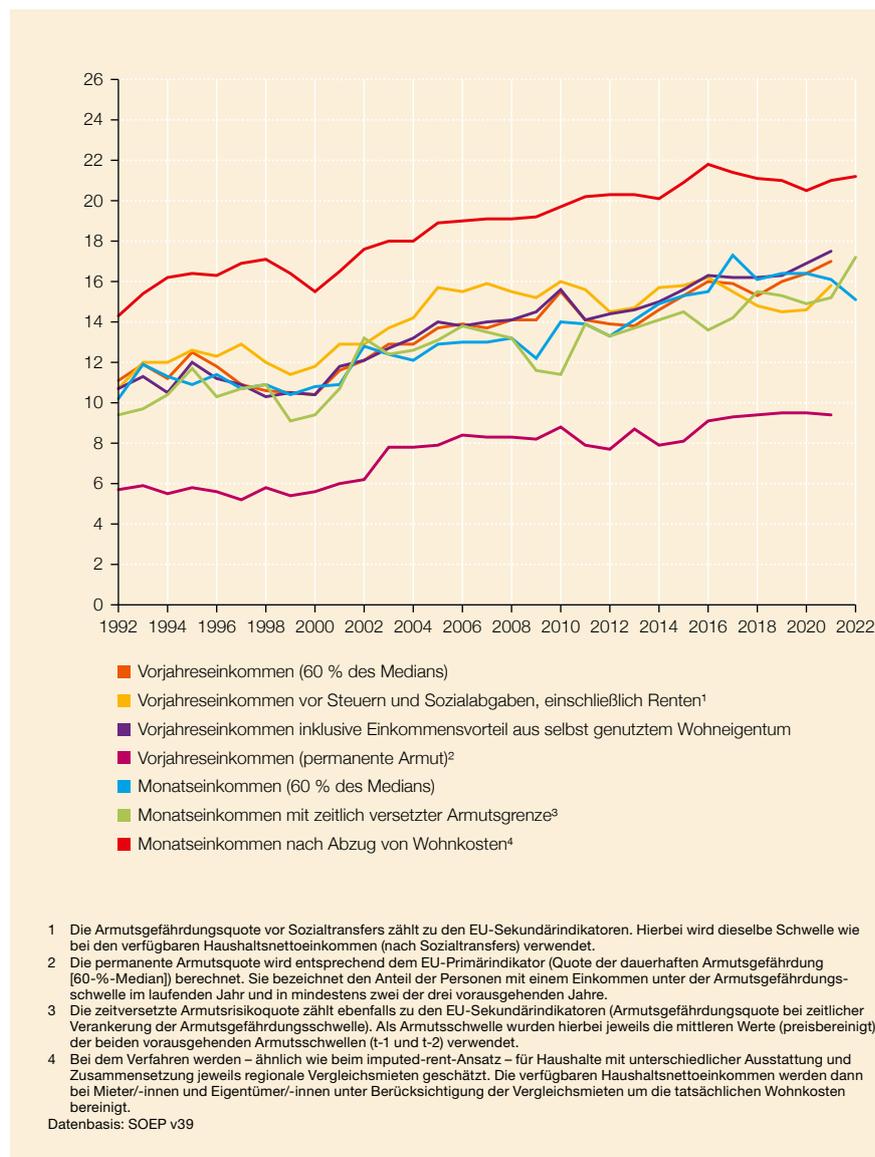
Der hier verwendete Armutsbegriff beruht auf dem sogenannten relativen Armutskonzept und orientiert sich an der Definition der Europäischen Union. Gemäß den vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) empfohlenen Schwellenwerten gilt demnach als arm, wer in einem Haushalt lebt, dessen Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Einkommen in der gesamten Bevölkerung beträgt. Genau genommen wird ab dieser Schwelle von einem deutlich erhöhten Armutsrisiko gesprochen, da das Einkommen nur einen indirekten Indikator für Armut darstellt. Deshalb wird im EU-Kontext eher der Begriff »Armutsrisikoquote« genutzt. In diesem

Kapitel werden die Begriffe »Armutquote« und »Armutrisikoquote« synonym verwendet.

Die auf dem Median basierenden Armutsquoten werden anhand des sogenannten FGT-Maßes (benannt nach den Autoren Foster, Greer und Thorbecke) weiter differenziert: Neben der Armutsquote FGT(0), die den Umfang der Armutpopulation in Prozent ausweist, werden dabei auch die Armutsintensität und die Armutsungleichheit berücksichtigt. Die Kennziffer FGT(1) entspricht der Armutslücke, das heißt dem relativen Einkommensbetrag (in Prozent des Schwellenwerts), der erforderlich wäre, um die Armutsgrenze zu überwinden. Die erweiterte Armutsintensität FGT(2) berücksichtigt zudem die Ungleichheit innerhalb der Armutpopulation und gewichtet Personen innerhalb der Armutpopulation stärker, je weiter sie von der Armutsgrenze entfernt sind; besonders niedrige Einkommen fallen also stärker ins Gewicht als Einkommen, die knapp unter der 60-Prozent-Schwelle liegen.

Im Jahr 2021 lebten auf Grundlage der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 16% der gesamtdeutschen Bevölkerung in relativer Einkommensarmut und bei Verwendung entsprechender Vorjahreseinkommen 17%. Im Jahr 2022 sank die monatliche Armutrisikoquote im Vergleich zum Vorjahr wieder auf 15%. Die Armutslücke FGT(1) erreichte mit etwas mehr als 4% gemessen am Monateinkommen und 5% bei Zugrundelegung des Jahreseinkommens im Jahr 2021 einen neuen Höchstwert. Das heißt, im Durchschnitt wäre in der Armutpopulation eine zusätzliche Steigerung der Äquivalenzeinkommen um etwa 4 bis 5% erforderlich gewesen, um die Armutsschwelle zu überwinden. Übereinstimmend weisen Monats- und Jahreseinkommen auch bei Betrachtung der Armutslücke FGT(1) und der erweiterten Armutsintensität FGT(2) innerhalb der vergangenen 20 Jahre eine deutliche Erhöhung der Armutsriskiken mit höheren Abständen zur Armutsgrenze auf, die sich auch nach 2020 noch weiter fortsetzt.

► **Abb 3** Entwicklung der Bevölkerungsanteile in Armut nach unterschiedlichen Indikatoren – in Prozent

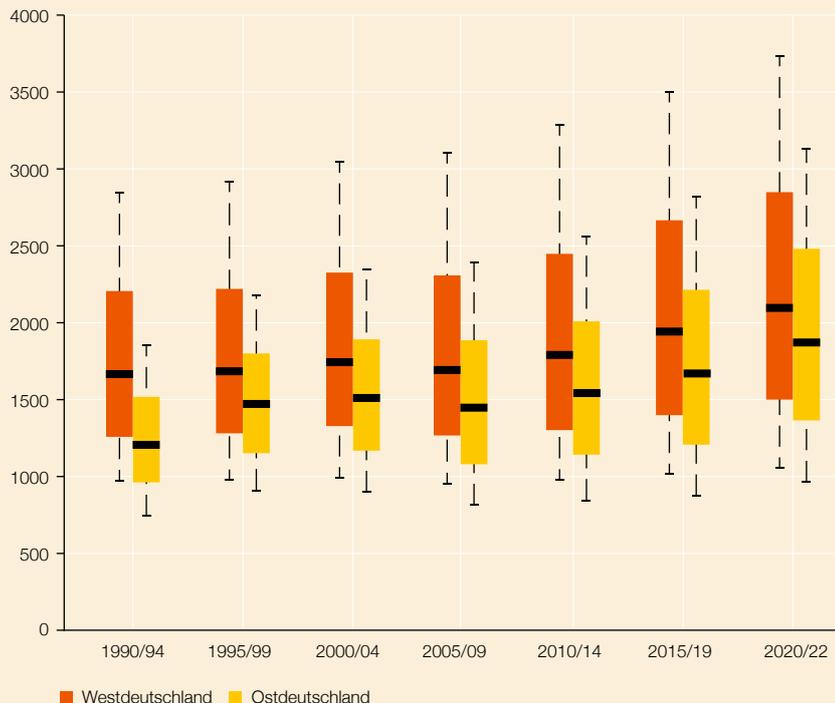


Im Jahresvergleich zeigen sich indes bei alternativen Armutsmessungen – zum Beispiel auf Basis der monatlichen Einkommen nach Abzug von Wohnkosten oder auf Basis der Vorjahreseinkommen vor Steuern und Sozialabgaben oder mit Einkommenszuschlag für selbst genutztes Wohneigentum – neben den langjährigen Trends zunehmender Armutsriskiken im Dekadenvergleich auch immer wieder kurze Phasen rückläufiger Armutsriskiken. So wiesen einige Indikatoren

zuletzt in den Jahren 2017 bis 2019, also unmittelbar vor der Coronapandemie, zeitweise stagnierende oder rückläufige Tendenzen im Verlauf der Armutsriskiken und der Ungleichheit auf. Auch die monatliche Armutrisikoquote war nach einem Jahreshöchststand 2017 im Jahresverlauf rückläufig. ► **Abb 3**

Ein weiterer Indikator ist die zeitversetzte Armutrisikoquote, bei der als Armutsschwelle die mittleren Werte der beiden vorausgehenden Armutsschwellen

► **Abb 4** Entwicklung der monatlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (real) in West- und Ostdeutschland – in Euro



Zu Preisen von 2022.
Datenbasis: SOEP v39

verwendet wurden. Diese zeitversetzte Armutsrisikoquote stieg im Jahr 2022 infolge des hohen Preisauftriebs stark an. Die zeitweise eher stagnierenden Armutsziffern gingen zudem einher mit höheren Anteilen an Personen, die auch bereits zurückliegende Armutsschwellen schon nicht mehr erreichten. Die seit 2016 weiterhin erhöhten Anteile an permanenter Armut deuten zudem darauf hin, dass derzeit weiterhin keine Anzeichen für eine grundlegende Umkehrung des langfristigen Trends anhaltend hoher dauerhafter Armutsrisiken zu erkennen sind. Zugleich weisen viele Indikatoren seit 2017 auf einen moderaten und in Teilen auch rückläufigen Verlauf hin. Angesichts der seit 2020 erfolgten Krisen kann das als Hinweis auf eine starke Resilienz der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland interpretiert werden.

5.3.3 Angleichung der Einkommen zwischen Ost- und Westdeutschland

Bei der differenzierten Betrachtung der gesamtdeutschen Einkommensverteilung sind weiterhin Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu beobachten. Die Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen Ost und West lässt sich anschaulich anhand der Entwicklung der verschiedenen Einkommensschwelle der verfügbaren Haushaltseinkommen dokumentieren. Die jährlichen Angaben werden dazu bis 2022 in Perioden zusammengefasst. Bei dieser Darstellung werden Niveau und Verteilung der Einkommen gleichzeitig betrachtet: Die schwarze mittlere Linie innerhalb der Blöcke in Abbildung 4 stellt den jeweiligen Median dar, also den Einkommensschwellewert, der von jeweils der Hälfte

der Bevölkerung unter- beziehungsweise überschritten wird. In analoger Form geben die Ober- und Untergrenzen der farbigen Blöcke die Einkommensschwelle wieder, zwischen denen die mittleren 50 % der Einkommen in der Bevölkerung liegen. Die dünnen äußeren Linien veranschaulichen schließlich die sogenannten Dezilschwelle, die die jeweils reichsten beziehungsweise ärmsten 10 % der Bevölkerung abgrenzen. Sie beschreiben also die Einkommensspanne, die das Wohlstandsniveau von 80 % der jeweiligen Bevölkerung ohne die jeweils reichsten und ärmsten 10 % umfasst und kennzeichnen so auch das Ausmaß an Einkommensungleichheit. ► **Abb 4**

Die Einkommen in Ostdeutschland lagen in allen Jahren bei allen Einkommensniveaus unter den vergleichbaren Schwellen in Westdeutschland. Im Zeitverlauf glich sich die Verteilung der Realinkommen in Ostdeutschland bei allen Einkommensgruppen schrittweise an die Entwicklung der Westeinkommen an. Die unteren Einkommensgruppen (10-Prozent-Schwelle und 25-Prozent-Schwelle) schlossen unmittelbar nach der deutschen Vereinigung zunächst sehr schnell zu den höheren Einkommenspositionen in Westdeutschland auf. Im Zuge der wirtschaftlichen Rezessionsphasen nach dem Jahrtausendwechsel vergrößerten sich die Ost-West-Abstände hier aber bis zu den Jahren 2005 bis 2009 zwischenzeitlich wieder – die ostdeutschen Einkommen lagen in den Jahren 2015 bis 2019 wiederum bei 86 % und in den Jahren 2020 bis 2022 bei über 90 % des Westniveaus. Die mittleren und höheren Einkommen (50-Prozent-Schwelle und 75-Prozent-Schwelle) näherten sich langsamer an die höheren Westeinkommen an: In den Jahren 2015 bis 2019 erzielten sie 86 beziehungsweise 83 % der jeweiligen Westeinkommen, in den Jahren 2020 bis 2022 betrug die entsprechenden Werte bereits 89 beziehungsweise 87 %. Bei den Topeinkommen (90-Prozent-Schwelle) erhöhte sich die Einkommensrelation von 65 % in den Jahren 1990 bis 1994 kontinuierlich auf 81 % in den Jahren

2015 bis 2019 und wiesen ab 2020 einen weiteren Anstieg auf 84 % auf. Stellt man zudem weiterhin bestehende Kaufkraftvorteile in Ostdeutschland in Rechnung, so verringern sich bei fast allen Einkommensgruppen die Einkommensdiskrepanzen auf weniger als 10 %. Ungeachtet der Coronapandemie und ihrer Folgen haben sich seit 2020 die Einkommenschwellen zwischen Ost und West bei allen Einkommensschichten weiter angeglichen. Die höchsten Einkommensunterschiede zwischen Ost und West bestehen bei den Topleinkommen. Zudem waren Ostdeutsche weiterhin stärker von Niedrigeinkommen und Einkommensarmut betroffen.

In Westdeutschland erhöhten sich die Abstände zwischen unteren und höheren Einkommen über einen langen Zeitraum stufenweise. In Ostdeutschland waren die Einkommen von vornherein weit weniger ungleich verteilt. Die Ungleichheit der Osteinkommen erhöhte sich langfristig aber deutlich und hat sich inzwischen zunehmend dem westdeutschen Niveau angeglichen. Die hier betrachteten Haushaltsnettoeinkommen sind in Ostdeutschland infolge der stärkeren sozialstaatlichen Umverteilung auch weiterhin noch weniger ungleich verteilt. Die Ungleichheit der zugrunde liegenden Haushaltsmarkteinkommen war bereits seit Mitte der 1990er-Jahre höher als in Westdeutschland.

Bei einer regional differenzierteren Betrachtung treten auch innerhalb Westdeutschlands Unterschiede zutage. Dazu wurden die westlichen Bundesländer nach Nord (Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein) und Süd (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland) unterteilt und die Stadtstaaten (Berlin, Bremen, Hamburg) als eigene Kategorie erfasst. Insbesondere bei den Stadtstaaten waren erhöhte Einkommensrisiken mit gestiegenen Armutsquoten zu beobachten. Die regionale Differenzierung auf der Ebene der Bundesländer zeigt zwar weitere Variationen in der Einkommensverteilung und im Armutsrisiko. Es wird aber deutlich, dass in

Ostdeutschland das Einkommensniveau und die Einkommensungleichheit niedriger und das Armutsrisiko der Bevölkerung höher waren als in den meisten westdeutschen Regionen – wobei sich die Armutsrisiken innerhalb der Regionen zwischen Stadt und Land in den Jahren 2020 bis 2022 jeweils geringfügig unterschieden (siehe Tabelle 4a, Seite 212).

5.3.4 Einkommensunterschiede bei Personen mit Migrationshintergrund

Die Bevölkerung mit direktem (selbst eingewandert) oder indirektem (Eltern eingewandert) Migrationshintergrund variiert sehr stark hinsichtlich der Herkunftsländer und dem jeweiligen Ausbildungsgrad (siehe Kapitel 7.3, Seite 273). Entsprechend breit streuen auch die Einkommen. Im Jahr 2021 wiesen 76,8 % der Menschen in Deutschland keinen Migrationshintergrund auf (2016: 77,3 %), knapp 10 % wiesen einen indirekten Migrationshintergrund auf – diese Personen sind also in Deutschland geboren –, gut 10 % sind bereits vor mehr als fünf Jahren nach Deutschland zugewandert, weniger als 1 % innerhalb der vergangenen fünf Jahre. Der Bevölkerungsanteil an Schutzsuchenden (Asylsuchende und Geflüchtete), die seit mehr als fünf Jahren in Deutschland leben, beträgt inzwischen 2 % und weniger als 1 % sind seit weniger als fünf Jahren in Deutschland. Der Anteil derer, die (noch) in Gemeinschaftsunterkünften leben, ist empirisch vernachlässigbar. Die Bevölkerungsanteile haben sich von 2016 bis 2021 wenig verändert. Der Bevölkerungsanteil der in Deutschland ansässigen Personen mit indirektem oder direktem Migrationshintergrund ist von 2016 bis 2021 leicht gestiegen, der Bevölkerungsanteil an Schutzsuchenden ist in etwa gleich geblieben, hat sich aber in der Zusammensetzung hinsichtlich der Aufenthaltsdauer geändert.

Alle Bevölkerungs- und Einkommensgruppen partizipierten an der positiven Einkommensentwicklung von 2016 bis 2021. Die Einkommen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund lagen

im Jahr 2021 bei den mittleren Einkommensschichten 2 Prozentpunkte über den Vergleichswerten der Gesamtbevölkerung. Bereits länger in Deutschland lebende Personen mit direktem oder indirektem Migrationshintergrund wiesen 2021 im Mittel 86 beziehungsweise 88 % der mittleren Einkommen der Gesamtbevölkerung auf. Bei Personen, die in den vergangenen fünf Jahren nach Deutschland gezogen sind, lagen die mittleren Einkommen nur bei 77 % des gesamtdeutschen Vergleichswerts – diese Gruppe umschließt auch ausländische Fachkräfte. Die Einkommen von Schutzsuchenden fielen deutlich niedriger aus. Bei längerer Aufenthaltsdauer lagen sie bei 52 %, bei erst kurzer Aufenthaltsdauer (innerhalb der vergangenen fünf Jahre zugezogen) nur bei 39 % des gesamtdeutschen Vergleichswerts. Die materielle Eingliederung von Personen mit Migrationshintergrund sowie von Schutzsuchenden variiert weiterhin in Abhängigkeit von den Migrationsursachen sowie dem zeitlichen Abstand des Zuzugs. ▶ Tab 3

5.3.5 Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Die Armutsrisiken unterscheiden sich erheblich zwischen sozialen Gruppen und variieren im zeitlichen Verlauf, sowohl hinsichtlich der Armutsbetroffenheit als auch hinsichtlich des Bevölkerungsanteils spezifischer Risikogruppen. Um die Differenzierungen und Trends auch für kleine Bevölkerungsgruppen, die von Armut betroffen sind, in robuster Weise abzubilden, werden die Armutsquoten zu den ausdifferenzierten Personengruppen über verschiedene Jahre gemittelt. Dazu wird neben der letzten Periode (2020 bis 2022) auch die unmittelbar zurückliegende Periode (2015–2019) betrachtet, um so auch potenzielle Auswirkungen der Coronapandemie in der Bevölkerung zu erfassen. Im Ergebnis zeigen sich im zeitlichen Verlauf zwischen dem Zeitraum 2015 bis 2019 und der daran anknüpfenden Phase der Coronapandemie (2020 bis 2022) kaum Veränderungen. Sowohl die gesamtdeutschen Armutsquoten als auch

► **Tab 3** Verteilung der monatlichen Haushaltstnettoäquivalenzeinkommen bei Personen mit Migrationshintergrund und Schutzsuchenden

	Bevölkerung		Einkommensschwellen in Euro ¹						Einkommensrelation	
	Anteil in %		untere Einkommen [p20]		mittlere Einkommen [Median]		obere Einkommen [p80]		Median, Gesamt = 100	
	2016	2021	2016	2021	2016	2021	2016	2021	2016	2021
Gesamtbevölkerung	100,0	100,0	1 198	1 365	1 856	2 094	2 726	3 052	100,0	100,0
ohne Migrationshintergrund ²	77,3	76,8	1 314	1 496	1 934	2 137	2 860	3 205	104,2	102,0
mit indirektem Migrationshintergrund ²	8,8	9,4	992	1 109	1 527	1 795	2 320	2 645	82,2	85,7
mit direktem Migrationshintergrund ² , >5 Jahre in Deutschland	10,1	10,6	1 087	1 233	1 624	1 851	2 449	2 798	87,5	88,4
mit direktem Migrationshintergrund ² , ≤5 Jahre in Deutschland	1,4	0,7	1 006	1 092	1 546	1 603	2 474	2 493	83,3	76,5
Schutzsuchende in Privathaushalten, >5 Jahre in Deutschland	1,4	2,0	774	783	1116	1 084	1 624	1 635	60,1	51,8
Schutzsuchende in Privathaushalten, ≤5 Jahre in Deutschland	0,7	0,5	469	549	618	814	803	1 157	33,3	38,9
Schutzsuchende in Gemeinschaftsunterkünften, seit 2015 in Deutschland	0,4	0,0	371	662	441	940	534	1389	23,7	/

¹ Schwellenwerte zur Abgrenzung der ärmsten [p20] beziehungsweise reichsten [p80] 20 % der Bevölkerung; der Median kennzeichnet die mittleren Einkommen [p50] in der Bevölkerung.

² In Privathaushalten.

/ Keine Angabe.

Datenbasis: SOEP v39, Gewichtung unter Einschluss aller Erst-Samples, einschließlich Schutzsuchende in Gemeinschaftsunterkünften

deren Differenzierungen nach Bevölkerungsgruppen bleiben in dieser Zeitspanne bemerkenswert stabil.

Im Folgenden wird gezeigt, welche Bevölkerungsgruppen, Familien- und Haushaltsformen über- oder unterdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Die Armutskennziffern beziehen sich auf die Verteilung des monatlichen Haushaltstnettoeinkommens innerhalb der gesamten Bevölkerung. Neben der gesamtdeutschen Darstellung im zeitlichen Verlauf werden die Armutsrisiken der jeweiligen Bevölkerungsgruppen hier für die Periode 2020 bis 2022 auch in regionaler Differenzierung dargestellt. Dazu werden Bevölkerungsanteile und Armutsrisiken in Ostdeutschland jeweils separat ausgewiesen. Zudem werden die Armutsrisikoquoten in soziodemografischer Differenzierung für strukturschwache Gebiete dargestellt – also Gebiete, die nach europäischen und nationalen Kriterien als Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Förderungen zur Stärkung der regionalen Struktur und Wirtschaftskraft erhalten (Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« im Zeitraum 2022–2027). Die

Zuweisung nach Förderregionen erfolgt jeweils einheitlich anhand der davon ganz oder teilweise betroffenen Landkreise (basierend auf dem Gebietsstand Dezember 2022) ungeachtet weiterer interner Differenzierungen (prädefinierte oder nicht prädefinierte C-Fördergebiete mit oder ohne Grenzzuschlag sowie D-Fördergebiete). Die Bevölkerung in strukturschwachen Gebieten umfasst etwa 45 % der Gesamtbevölkerung und verteilt sich im gesamten Bundesgebiet insbesondere auf die Regionen Nord-West, die Stadtstaaten sowie nahezu die gesamte Region Ost. Die nachfolgend beschriebenen Armutsquoten geben die Armutsrisiken innerhalb der jeweiligen Bevölkerungsgruppen wieder. Ergänzend werden in den Tabellen zudem die Bevölkerungsanteile der jeweiligen Gruppen in der Gesamtbevölkerung, in Ostdeutschland und den strukturschwachen Gebieten ausgewiesen.

Die Armutsrisiken haben sich in der Gesamtbevölkerung in den Jahren 2015 bis 2019 (16,1 %) und in den Jahren 2020 bis 2022 (15,9 %) kaum verändert. Die Armutsrisikoquote in Ostdeutschland lag in den Jahren 2020 bis 2022 bei 19,4 %

und damit über dem gesamtdeutschen Wert. Die Armutsrisikoquote in strukturschwachen Gebieten betrug in diesem Zeitraum 18,6 % und lag damit ebenfalls noch über dem gesamtdeutschen Vergleichswert. ► [Tab 4a](#)

Frauen wiesen in Gesamtdeutschland in den Jahren 2020 bis 2022 geringfügig höhere Armutsrisiken auf als Männer. Das Armutsrisiko von Kindern, Jugendlichen und mittleren Altersgruppen veränderte sich im Zeitverlauf kaum. Die Armutsrisiken beim Übergang in den Ruhestand (60–69 Jahre) sind angestiegen. In Ostdeutschland waren insbesondere junge Erwachsene (20–29 Jahre) sowie Ältere beim Übergang in den Ruhestand (60–69 Jahre) erhöhten Armutsrisiken ausgesetzt. Die älteste ostdeutsche Rentnergeneration profitierte noch von systembedingten Unterschieden in der Arbeitsmarktteilnahme mit durchgehenden Beschäftigungsverhältnissen bei Männern wie Frauen aus der Zeit vor der Vereinigung. In strukturschwachen Gebieten waren ebenfalls insbesondere jüngere Altersgruppen sowie Personen beim Übergang in den Ruhestand stärker von Einkommensarmut betroffen.

► Tab 4a Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bevölkerungsgruppen – in Prozent

	Deutschland (gesamt)			Ostdeutschland ¹		Strukturschwacher Raum ²	
	Bevölkerungs- anteil	Armutsquote		Bevölkerungs- anteil	Armutsquote	Bevölkerungs- anteil	Armutsquote
		2015–2019	2020–2022				
Bevölkerung insgesamt	100,0	16,1	15,9	100,0	19,4	100,0	18,6
				<i>17,1 der Gesamtbevölkerung</i>		<i>45,1 der Gesamtbevölkerung</i>	
Geschlecht							
männlich	49,5	16,0	15,1	49,2	19,3	49,4	18,2
weiblich	50,5	16,3	16,6	50,8	19,5	50,6	18,9
Alter							
Bevölkerung ab 18 Jahren	83,3	15,4	15,1	83,9	19,2	83,8	17,7
0–9 Jahre	9,0	19,6	19,6	8,5	20,2	8,7	23,7
10–19 Jahre	9,3	21,2	20,2	9,6	22,0	9,2	24,2
20–29 Jahre	11,0	24,5	22,3	9,3	31,4	10,8	27,9
30–39 Jahre	13,4	14,7	13,6	13,9	16,0	13,2	16,3
40–49 Jahre	12,3	12,8	13,1	13,4	14,6	12,6	16,5
50–59 Jahre	16,0	12,8	12,5	14,6	17,0	14,9	14,5
60–69 Jahre	13,1	16,3	17,2	15,9	23,6	14,9	20,0
70–79 Jahre	9,6	11,7	13,5	8,8	15,9	9,5	13,0
ab 80 Jahren	6,3	13,8	12,4	5,9	13,5	6,3	11,1
Migrationshintergrund							
ohne Migrationshintergrund	76,9	12,3	11,8	91,3	17,4	81,5	14,7
direkter Migrationshintergrund	13,6	30,0	30,9	5,3	41,9	10,8	35,2
indirekter Migrationshintergrund	9,5	27,4	27,1	3,4	36,9	7,6	36,3
Region³							
Region Nord-West	42,8	16,6	16,6	X	X	45,3	18,1
Region Süd-West	34,5	12,1	13,0	X	X	8,9	17,8
Stadtstaaten	7,3	20,2	17,9	9,2	20,7	11,4	19,3
Region Ost	15,5	21,8	19,3	90,8	19,3	34,4	19,3
Regionstyp							
städtisch	68,1	15,6	15,7	35,6	17,9	55,5	19,0
ländlich	31,9	17,3	16,2	64,4	20,2	44,5	18,0
Gemeindegrößenklasse							
< 2 000 Einwohner/-innen	5,3	14,1	10,8	7,8	14,7	7,1	12,5
2 000 bis < 20 000 Einwohner/-innen	34,4	13,9	14,0	36,6	18,9	30,6	16,5
20 000 bis < 100 000 Einwohner/-innen	27,6	16,0	16,0	26,2	21,5	25,9	19,7
100 000 bis < 500 000 Einwohner/-innen	15,5	19,8	19,6	12,0	21,2	18,1	22,6
> 500 000 Einwohner/-innen	17,2	18,1	17,6	17,3	18,2	18,3	18,9
Mieterstatus							
Eigentümerhaushalt	49,8	7,0	6,6	42,6	8,4	46,5	7,7
Mieterhaushalt	50,3	25,0	24,8	57,4	27,5	53,5	28,0

Mittelwerte nach Perioden; Armutschwelle: 60% des Medians des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens, äquivalenzgewichtet.

¹ Ostdeutschland inklusive Berlin-Ost und ohne Berlin-West.² Die Abgrenzung orientiert sich an den GRW Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« im Zeitraum 2022–2027. Die Zuweisung nach Förderregionen erfolgt jeweils einheitlich anhand der davon ganz oder teilweise betroffenen Landkreise (basierend auf dem Gebietsstand Dezember 2022) ungeachtet weiterer interner Differenzierungen (prädefinierte oder nicht prädefinierte C-Fördergebiete mit oder ohne Grenzzuschlag sowie D-Fördergebiete).³ Nord-West: Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein; Süd-West: Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland; Stadtstaaten: Berlin, Bremen, Hamburg;

Ost: Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern.

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.

Datenbasis: SOEP v39

Personen mit Migrationshintergrund waren in allen Zeitabschnitten einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Personen mit direktem Migrationshintergrund, sprich mit eigener Migrationserfahrung, wiesen etwas höhere Armutsrisiken auf als Personen mit indirektem Migrationshintergrund. In Ostdeutschland war die Armutsbetroffenheit bei Migrantinnen und Migranten – insbesondere mit direktem Migrationshintergrund – höher als in Deutschland insgesamt. Allerdings ist ihr Bevölkerungsanteil hier weiterhin geringer als in Westdeutschland. In strukturschwachen Gebieten lagen die Armutsrisiken bei Migrantinnen und Migranten mit direktem oder indirektem Migrationshintergrund in den Jahren 2020 bis 2022 ebenfalls über den (hohen) Werten in Deutschland insgesamt.

Nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in den Stadtstaaten waren die Armutsrisiken in den Jahren 2020 bis 2022 weiterhin höher als in den anderen Landesteilen. Auch in den nordwestlichen Flächenländern lagen die Armutsrisikquoten noch über dem gesamtdeutschen Niveau. Die Bundesländer im Südwesten Deutschlands wiesen dagegen weiterhin die geringsten Armutsrisiken auf. Innerhalb der Region Ost lagen die Armutsrisiken in Stadtstaaten (hier Berlin-Ost) etwas über dem regionalen Mittel. Die Armutsrisiken in strukturschwachen Gebieten fielen in den Stadtstaaten und der Region Ost am höchsten aus. Die Varianz zwischen allen Regionen ist hier allerdings gering.

Die Armutsquoten in städtischen und ländlichen Gebieten waren nahezu gleichauf. Großstädte ab 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern wiesen höhere Armutsquoten auf; dies galt in Ostdeutschland sowie in den strukturschwachen Gebieten auch für Mittelstädte ab 20 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Mieterhaushalte waren erwartungsgemäß weitaus stärker von Armutsrisiken betroffen als Eigentümerhaushalte. Dies galt in gleicher Weise in Ostdeutschland wie auch in strukturschwachen Regionen.

Verheiratet Zusammenlebende waren auch in den Jahren 2020 bis 2022 deutlich seltener von Armut betroffen. Getrenntlebende, Ledige und Geschiedene trugen hingegen ein erhöhtes Armutsrisiko insbesondere in Ostdeutschland und den strukturschwachen Gebieten. Verheiratet Zusammenlebende wiesen in Ostdeutschland sowie den strukturschwachen Gebieten nur geringfügig höhere Armutsquoten auf – bei Verwitweten lagen die Armutsziffern hier jeweils sogar unter dem gesamtdeutschen Mittel. ▶ Tab 4b

Für Personen ohne beruflichen Abschluss mit Hauptschulabschluss oder mit sonstigem Bildungshintergrund erhöhten sich die Armutsrisiken im Zeitverlauf. Diese Personen wiesen in den Jahren 2020 bis 2022 in Deutschland insgesamt wie auch in Ostdeutschland oder den strukturschwachen Regionen jeweils eine weit überdurchschnittliche Betroffenheit von Armut auf. Die Armutsrisiken bei Absolventinnen und Absolventen von Universitäten und Fachhochschulen lagen demgegenüber erwartungsgemäß deutlich unter dem gesamtdeutschen Mittel, ebenso in Ostdeutschland sowie den strukturschwachen Regionen.

Arbeitslose tragen nach wie vor ein sehr hohes Armutsrisiko. Sie waren in den Jahren 2020 bis 2022 mit 67 % in Gesamtdeutschland, 77 % in Ostdeutschland und 73 % in den strukturschwachen Gebieten die Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Armutsbetroffenheit. Auch in anderen Erwerbsgruppen, wie den Teilzeiterwerbstitigen, den in Ausbildung Befindlichen sowie den Nichterwerbstitigen, partizipierten nicht alle in gleichem Umfang an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung. Die Differenzierung der Armutsrisiken nach der Erwerbsbeteiligung gilt in gleicher Weise für Ostdeutschland wie auch für die strukturschwachen Gebiete.

Innerhalb der beruflichen Statusgruppen fanden sich – abgesehen von den Auszubildenden sowie Volontärinnen und Volontären, die erwartungsgemäß erhöhten Armutsrisiken unterliegen – die höchsten Armutsquoten unter den un- und angelernten Arbeiterinnen und Ar-

beitern. Insbesondere in Ostdeutschland befanden sich un- und angelernte Arbeiterinnen und Arbeiter in erheblichem Ausmaß in prekären Lebenslagen. Bei einfachen Angestellten lag das Armutsrisiko über dem nationalen Durchschnitt. Im Vergleich dazu waren qualifizierte Angestellte oder auch Facharbeiterinnen und Facharbeiter sowie Meisterinnen und Meister seltener von Armut betroffen, gefolgt von Beamtinnen und Beamten sowie hoch qualifizierten und leitenden Angestellten, die unverändert ein sehr geringes Armutsrisiko trugen. Selbstständige wiesen insgesamt ein eher unterdurchschnittliches Armutsrisiko auf, mit allerdings etwas höheren Armutsquoten in Ostdeutschland sowie mittleren Risiken in strukturschwachen Gebieten.

Bei der Betrachtung nach Haushaltstypen zeigen sich im Zeitverlauf erhöhte Armutsquoten bei Einpersonenhaushalten und Mehrpersonenhaushalten ab fünf Personen sowie bei jüngeren Haushalten. In Ostdeutschland waren die Armutsquoten zudem bei den jüngeren Haushalten sowie in Haushalten beim Eintritt in den Ruhestand (Haushaltsvorstand 55 bis 74 Jahre) überdurchschnittlich hoch. In strukturschwachen Regionen zeigt sich ein deutliches Altersgefälle bei den Armutsrisiken zulasten der jüngeren Haushalte. ▶ Tab 4c

Ein-Eltern-Haushalte (Alleinerziehende) waren 2020 bis 2022 weit überdurchschnittlich von Armutsrisiken betroffen, Paarhaushalte ohne Kind demgegenüber unterdurchschnittlich. Die hohen Armutsrisiken von Alleinerziehenden haben sich gegenüber den Jahren 2015 bis 2019 verringert und unterscheiden sich in Ostdeutschland oder strukturschwachen Gebieten nur wenig vom gesamtdeutschen Mittel.

Ordnet man die unterschiedlichen Haushaltstypen nach dem Ablauf im Lebenszyklus, so fallen zuerst die vergleichsweise hohen Armutsquoten bei jungen Alleinlebenden ins Auge. In den Jahren 2015 bis 2019 war etwa ein Drittel aller jungen Einpersonenhaushalte von

► Tab 4b Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bildungs- und Beschäftigungsmerkmalen – in Prozent

	Deutschland (gesamt)			Ostdeutschland ¹		Strukturschwacher Raum ²	
	Bevölkerungs- anteil	Armutsquote		Bevölkerungs- anteil	Armutsquote	Bevölkerungs- anteil	Armutsquote
		2020–2022	2015–2019				
Bevölkerung ab 18 Jahren	100,0	15,4	15,1	100,0	19,2	100,0	17,7
				<i>17,2 der Bevölkerung ab 18 Jahren</i>		<i>45,4 der Bevölkerung ab 18 Jahren</i>	
Familienstand							
verheiratet/zusammenlebend	48,4	10,1	9,8	42,9	11,7	46,7	11,1
verheiratet/getrennt lebend	2,4	22,2	18,7	2,5	22,9	2,5	21,6
ledig	31,4	21,1	19,2	35,4	24,0	32,1	23,2
geschieden	10,6	25,4	25,9	11,7	34,7	11,3	29,4
verwitwet	7,2	12,9	15,7	7,6	13,9	7,4	14,6
Bildungsabschluss							
Hauptschule ohne beruflichen Abschluss	6,4	35,5	40,1	3,6	47,1	6,5	45,0
Realschule, Gymnasium ohne beruflichen Abschluss	3,1	18,2	20,0	2,7	30,0	3,4	23,7
Hauptschule mit beruflichem Abschluss	19,2	14,7	15,6	13,4	31,7	18,4	20,4
Realschule mit beruflichem Abschluss	24,0	12,3	11,4	38,0	18,0	28,2	13,8
Gymnasium mit beruflichem Abschluss	12,6	12,5	12,6	11,2	16,1	12,4	15,7
Fachhochschule, Universität	26,5	6,5	6,7	26,3	6,9	24,5	6,8
in Lehre, Schule, Studium	1,6	22,9	20,7	1,7	17,0	1,4	20,5
sonstige	6,6	30,6	31,7	3,1	45,9	5,2	39,4
Erwerbsstatus							
erwerbstätig Vollzeit	40,3	4,7	5,0	41,8	5,5	39,2	5,7
erwerbstätig Teilzeit/gering	21,0	16,1	15,4	18,0	23,6	20,2	18,9
arbeitslos	4,7	69,3	67,1	6,0	76,7	5,8	73,3
in Ausbildung	2,9	30,5	28,3	2,6	37,5	2,7	34,4
nicht erwerbstätig	31,1	17,0	18,4	31,6	22,2	32,1	19,4
Berufliche Stellung							
un-/angelernte Arbeiter/-innen	7,7	22,3	21,8	7,2	29,5	8,2	25,7
Facharbeiter/-innen, Meister/-innen	8,2	6,0	6,9	10,7	7,0	8,9	7,1
Selbstständige	8,3	10,5	11,2	9,2	18,1	8,2	16,4
Auszubildende, Volontärinnen/Volontäre	3,4	28,4	26,9	3,8	32,9	3,4	30,7
einfache Angestellte	18,7	16,2	17,8	18,9	21,1	20,2	20,3
qualifizierte Angestellte	26,9	4,2	4,4	27,1	5,5	26,3	5,2
leitende Angestellte	20,5	1,3	1,8	18,6	0,8	18,6	1,3
einfache/mittlere Beamteninnen/Beamte	1,4	2,1	1,1	1,4	2,0	1,4	1,0
gehobene/höhere Beamteninnen/Beamte	5,0	0,8	0,8	3,1	2,3	4,7	1,0

Mittelwerte nach Perioden; Armutschwelle: 60% des Medians des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens, äquivalenzgewichtet.

1 Ostdeutschland inklusive Berlin-Ost und ohne Berlin-West.

2 Die Abgrenzung orientiert sich an den GRW Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe -Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur- im Zeitraum 2022–2027. Die Zuweisung nach Förderregionen erfolgt jeweils einheitlich anhand der davon ganz oder teilweise betroffenen Landkreise (basierend auf dem Gebietsstand Dezember 2022) ungeachtet weiterer interner Differenzierungen (prädefinierte oder nicht prädefinierte C-Fördergebiete mit oder ohne Grenzzuschlag sowie D-Fördergebiete).

Datenbasis: SOEP v39

Einkommensarmut (34%) betroffen. Dieser Anteil hat sich bis zu den Jahren 2020 bis 2022 auf knapp 29% verringert. Noch höher lag der Anteil in Ostdeutschland (36%) und in strukturschwachen Gebieten (33%). Damit waren jüngere Alleinlebende nahezu ähnlich stark von Armut betroffen wie Alleinerziehende. Auch Paarhaushalte mit drei und mehr Kindern waren überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen. Singlehaushalte im

Alter von 55 bis 74 Jahren unterlagen ebenfalls einem erhöhten Armutsrisiko, das in den Jahren 2020 bis 2022 nochmals etwas gestiegen und vor allem in Ostdeutschland überdurchschnittlich ausgeprägt war. Ungeachtet der insgesamt noch weiterhin eher niedrigen Altersarmut gab es offenkundig unter den Älteren vermehrt Gruppen mit erhöhten Armutsrisiken. Die niedrigsten Armutsquoten hatten Paarhaushalte ohne Kind.

5.3.6 Dynamik von Einkommen und Armut

Die Stabilität oder Dynamik von Einkommen und Armut gibt Auskunft über die Chancen und Risiken zur Verbesserung beziehungsweise Verschlechterung der materiellen Grundlagen in einer Gesellschaft. Dies gilt insbesondere in Zeiten politischer und wirtschaftlicher Krisen. Die Veränderung von Einkommenspositionen im Zeitverlauf ist deshalb

► Tab 4c Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Haushaltsmerkmalen – in Prozent

	Deutschland (gesamt)			Ostdeutschland ¹		Strukturschwacher Raum ²	
	Bevölkerungs- anteil	Armutsquote		Bevölkerungs- anteil	Armutsquote	Bevölkerungs- anteil	Armutsquote
		2015–2019	2020–2022				
Bevölkerung insgesamt	100,0	16,1	15,9	100,0	19,4	100,0	18,6
				<i>17,1 der Gesamtbevölkerung</i>		<i>45,1 der Gesamtbevölkerung</i>	
Haushaltsgröße							
1-Personen-Haushalt	21,0	22,7	23,0	24,2	31,0	22,4	27,1
2-Personen-Haushalt	33,2	11,0	10,7	35,5	13,3	34,6	12,2
3-Personen-Haushalt	17,6	13,9	14,0	17,3	14,5	18,1	14,6
4-Personen-Haushalt	19,0	12,7	11,3	16,1	12,9	16,8	15,2
ab 5-Personen-Haushalt	9,2	30,9	30,9	7,0	36,8	8,0	38,5
Alter des Haushaltsvorstands							
16–34 Jahre	16,4	24,6	23,1	17,5	26,1	17,7	26,2
35–54 Jahre	41,6	15,0	14,5	41,1	17,1	39,8	18,2
55–74 Jahre	30,7	14,9	14,6	32,1	20,9	32,0	17,1
ab 75 Jahren	11,4	12,3	13,4	9,3	12,7	10,5	11,4
Personengruppen							
Haushaltsvorstand	56,8	16,6	16,6	59,1	21,3	57,7	19,2
(Ehe-)Partner/-innen	19,3	10,4	9,7	19,6	11,4	19,7	11,4
Kind(er) bis 17 Jahre	15,5	19,7	19,3	14,9	20,5	15,1	23,1
Kind(er) ab 18 Jahren	6,7	19,1	16,9	5,1	21,2	5,9	21,6
weitere Haushaltsmitglieder	1,7	32,9	26,0	1,4	34,4	1,6	28,9
Haushaltstypen							
Singlehaushalt	23,5	22,7	22,4	26,5	29,9	24,7	26,5
Paarhaushalt ohne Kind < 18	27,7	8,4	8,0	29,1	11,2	29,1	9,8
Paarhaushalt mit Kind(ern) < 18	29,2	14,7	14,6	26,9	13,5	28,1	17,6
Ein-Eltern-Haushalt mit Kind(ern) < 18	4,5	41,1	34,4	5,9	38,2	5,0	35,8
Post-Eltern-Haushalt mit Kind(ern) ≥ 18	12,1	15,4	15,3	8,9	18,1	10,4	17,6
anderer Haushalt	3,0	35,7	24,0	2,6	26,1	2,7	22,5
Haushalts- / Lebenszyklus							
Haushaltsvorstand 16–34 Jahre							
Singlehaushalt	4,9	33,8	28,5	5,9	36,4	5,2	33,3
Paarhaushalt (ohne Kind < 18)	4,0	8,6	8,6	3,9	9,8	4,2	13,6
Haushaltsvorstand 35–54 Jahre							
Singlehaushalt	5,0	19,8	17,6	5,7	26,5	5,2	23,9
Paarhaushalt (ohne Kind)	4,4	5,3	6,0	3,8	8,7	4,3	9,3
Haushalt mit Kind(ern) < 18							
Paarhaushalt mit 1 Kind	11,8	11,1	11,8	11,6	9,4	12,0	13,7
Paarhaushalt mit 2 Kindern	12,4	12,2	10,7	11,6	9,4	11,5	12,7
Paarhaushalt ab 3 Kindern	5,3	29,2	30,2	4,1	36,7	4,8	38,8
Ein-Eltern-Haushalt mit 1 Kind	2,6	39,0	31,7	3,6	31,7	2,9	31,4
Ein-Eltern-Haushalt ab 2 Kindern	1,9	43,8	38	2,4	48,1	2,1	41,9
Haushalt mit Kind(ern) ab 18 Jahren	12,2	15,4	15,3	9,0	18,1	10,4	17,6
Haushaltsvorstand 55–74 Jahre							
Paarhaushalt ohne Kind	14,1	9,4	8,4	17,4	13,9	16,0	10,0
Singlehaushalt	7,7	23,6	25,4	9,5	34,4	8,6	31,4
Haushaltsvorstand ab 75 Jahren							
Paarhaushalt (ohne Kind)	5,5	9,0	8,4	4,4	4,0	5,0	6,7
Singlehaushalt	5,1	15,5	16,8	4,6	21,0	5,0	14,5
sonstige Haushalte ³	3,0	35,7	24,0	2,6	26,1	2,7	22,5

Mittelwerte nach Perioden; Armutschwelle: 60% des Medians des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens, äquivalenzgewichtet.

¹ Ostdeutschland inklusive Berlin-Ost und ohne Berlin-West.

² Die Abgrenzung orientiert sich an den GRW Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« im Zeitraum 2022–2027. Die Zuweisung nach Förderregionen erfolgt jeweils einheitlich anhand der davon ganz oder teilweise betroffenen Landkreise (basierend auf dem Gebietsstand Dezember 2022) ungeachtet weiterer interner Differenzierungen (prädefinierte oder nicht prädefinierte C-Fördergebiete mit oder ohne Grenzzuschlag sowie D-Fördergebiete).

³ Haushalte, in denen weitere Personen (zum Beispiel Eltern, Großeltern, Freunde) leben.

Datenbasis: SOEP v39

► **Tab 5 Einkommensdynamik: Quintilmatrizen im Zeitverlauf, stabiler/mobiler Bevölkerungsanteil gegenüber Ausgangszeitpunkt – in Prozent**

Ausgangsquintil	Periode	Verbleib	Aufstiege	Abstiege
1. Quintil	2017–2021	60,4	39,7	X
	2007–2011	60,3	39,7	X
	1997–2001	53,8	46,2	X
2. Quintil	2017–2021	45,8	29,8	24,4
	2007–2011	43,2	33,8	23,0
	1997–2001	37,8	38,8	23,4
3. Quintil	2017–2021	37,2	28,8	34,0
	2007–2011	43,3	25,3	31,4
	1997–2001	38,8	25,6	35,6
4. Quintil	2017–2021	41,6	18,5	39,9
	2007–2011	43,3	19,4	37,3
	1997–2001	45,0	20,8	34,2
5. Quintil	2017–2021	61,0	X	39,0
	2007–2011	67,1	X	32,9
	1997–2001	64,7	X	35,3

Lesehilfe: Von der Bevölkerung im Ausgangsquintil im Jahr A waren vier Jahre später, im Jahr B, X % der Bevölkerung im selben Quintil (Verbleib), sind auf- oder abgestiegen (Auf-, Abstiege).
 Quintil = 20% der nach der Höhe des Einkommens geschichteten Bevölkerung. 1. Quintil = unterstes (ärmstes) Quintil;
 5. Quintil = oberstes (reichstes) Quintil).
 Haushaltsnettoeinkommen im Monat, äquivalenzgewichtet.
 X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.
 Datenbasis: SOEP v39

auch ein entscheidender Hinweis dafür, inwieweit es Personen und Haushalten gelingt, defizitäre Positionen zu überwinden, und welchem Risiko sie ausgesetzt sind, in unzureichende Einkommenslagen abzustiegen oder dort zu verbleiben. Diese Mobilität zwischen verschiedenen Einkommenspositionen im zeitlichen Verlauf kann unter anderem durch sogenannte Mobilitätsmatrizen berechnet und dargestellt werden. Hierbei wird berechnet, welcher Bevölkerungsanteil zu zwei Zeitpunkten in denselben Einkommensklassen (Quintilen) geblieben beziehungsweise in höhere oder niedrigere Einkommensschichten gewechselt ist.

Um die Mobilitätsmuster über längere Zeitabstände vergleichend darzustellen, wurden Verbleib und Übergänge in und aus Einkommensquintilen in einem vierjährigen Abstand zu drei verschiedenen Perioden betrachtet: 1997 bis 2001, 2007 bis 2011 sowie 2017 bis 2021. Das Risiko, der Personen auch nach vier Jahren im untersten Quintil zu verbleiben, lag zwischen den Jahren 1997 und 2001 bei 54 % und verharrte in den nachfolgenden Dekaden (2007–2011 und 2017–

2021) bei 60 %. Der Anteil an Aufstiegen von der untersten in höhere Einkommenslagen verringerte sich entsprechend von 46 % zwischen 1997 und 2001 auf 40 % in den Jahren 2007 bis 2011 und verharrte auch beim Übergang in die Phase der Coronapandemie (2017–2021) auf diesem Niveau. Auch der Anteil der Personen, die im zweiten Quintil verblieben sind, hat sich nach einem Anstieg zu Beginn der 2000er-Jahre in den Jahren von 2017 bis 2021 nur geringfügig gegenüber der Vorperiode erhöht. In den mittleren Einkommensquintilen lag der Verbleib erwartungsgemäß am niedrigsten – mit zum Teil unterschiedlichen Mustern im zeitlichen Verlauf. Bei den beiden oberen Quintilen hat sich der Anteil der Personen, die in diesen Quintilen verblieben sind, in den Jahren vor und während der Coronapandemie (2017–2021) insgesamt etwas verringert. Die Risiken des Abstiegs in niedrigere Einkommenslagen sind gleichzeitig etwas gestiegen. Im unteren Einkommensbereich ist in den Jahren vor und während der Coronapandemie der Anteil der verbleibenden Personen weiter gestiegen. Bei den höheren

Einkommensschichten haben Veränderungen der Einkommenspositionen in dieser Phase hingegen eher zugenommen. Die infolge der Coronapandemie eingeführten sozialstaatlichen Schutzmaßnahmen haben die unteren Einkommenslagen offenbar besonders geschützt und so zu einer Stabilisierung ihrer relativen Einkommensposition beigetragen. ► [Tab 5](#)

Abschließend wird der Frage nachgegangen, in welchem Umfang Personen in verschiedenen Einkommensschichten in den zurückliegenden vier Jahren Einkommensarmut erfahren haben. Dabei bleibt unbeachtet, ob diese individuellen Armutserfahrungen zuvor im selben oder in einem anderen Haushalt gemacht wurden. Abbildung 5 weist die zurückliegenden individuellen Armutserfahrungen für die Ausgangsjahre 2001, 2011 und 2021 aus. Für das Jahr 2021 werden diese zudem für die jüngste Altersgruppe bis 30 Jahre und für die Älteren ab 60 Jahren getrennt dargestellt. ► [Abb 5](#)

Von den Personen, die im Jahr 2021 in der untersten Einkommensschicht (weniger als 60 % des Medianeinkommens) und damit in relativer Einkommensarmut lebten, waren mehr als 80 % bereits in den vier Vorjahren (2017 bis 2020) zumindest einmal von Armut betroffen. Darunter war weit mehr als die Hälfte (etwa 58 %) in diesem Zeitraum dauerhaft arm mit Armutsepisoden von mindestens drei Jahren. Die Bevölkerung in relativer Einkommensarmut setzte sich im Jahr 2021 (also während der Coronapandemie) in folgender Weise zusammen: 40 % aller Personen in dieser Einkommensschicht waren auch in allen vier Jahren zuvor sowie weitere 18 % in drei der vier vorausgehenden Jahre permanent arm. Insgesamt 25 % erlebten in den zurückliegenden vier Jahren transitorische Verläufe mit Ein- und Ausstiegen in und aus Armut, darunter 13 % mit zweimaliger und 12 % mit einmaliger Armutserfahrung in den zurückliegenden vier Jahren; weitere 18 % waren Neuzugänge bei der Armutspopulation.

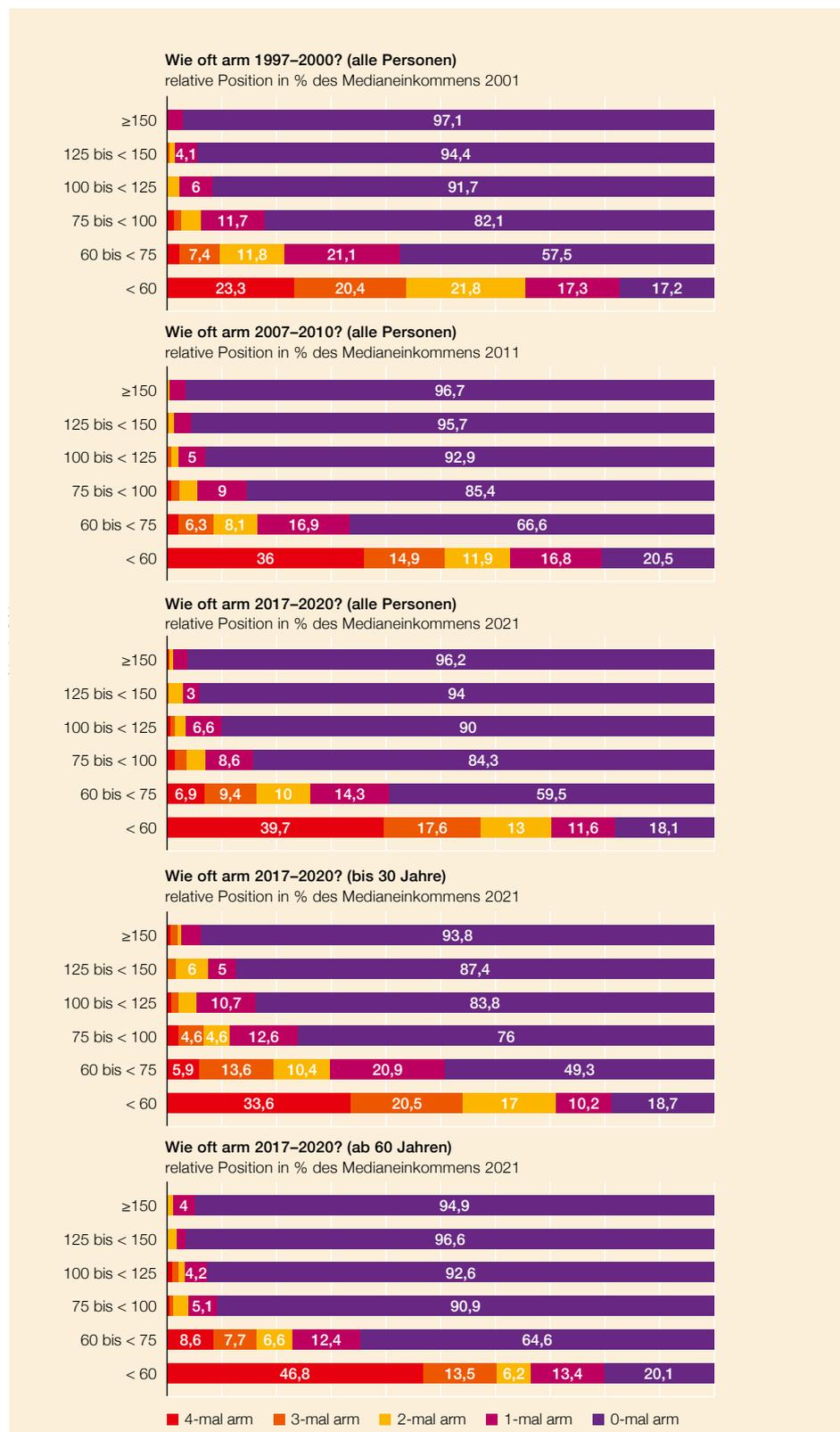
Im Vergleich dazu setzte sich die Einkommensschichtung zehn Jahre zuvor (2011) noch in folgender Weise zusam-

men: 36 % aller Personen in dieser Einkommensschicht waren dauerhaft (in allen vier vorausgegangenen Jahren) arm, 15 % waren in drei Jahren arm, 29 % hatten einen transitorischen Armutsverlauf mit ein oder zwei Armutsepisoden in den zurückliegenden vier Jahren und weitere 21 % hatten zuvor keinerlei Armutserfahrung. Im Ausgangsjahr 2001 war der Anteil mit permanenter Armutserfahrung noch geringer und der Anteil mit transitorischen Armutserfahrungen höher. Der Anteil an Personen unter der Armutsschwelle mit dauerhaften Armutsepisoden im zurückliegenden Zeitraum von vier Jahren hat innerhalb der vergangenen Dekaden stark zugenommen.

Mit zunehmender Höhe der Einkommen nimmt der Personenkreis mit vorheriger Armutserfahrung erwartungsgemäß ab. Im Bereich des prekären Wohlstands unmittelbar oberhalb der Armutsschwelle (60 bis 75 % des Medianeinkommens) lebten 2021 etwa 40 % der Personen zumindest einmal innerhalb der zurückliegenden vier Jahre unterhalb der Armutsgrenze – 2001 waren es 42 % und 33 % im Jahr 2011. Kurzfristige Armutserfahrungen reichten bis in die mittleren Einkommenslagen hinein. Selbst im Bereich höherer Einkommen haben noch zwischen 3 und 4 % der Personen zumindest kurzfristige Armutserfahrungen gemacht. Insgesamt erhöhten sich insbesondere die Risiken anhaltender Armutsepisoden. Die Chancen, Armutsepisoden zu überwinden, haben sich folglich verringert

Die Muster der Armutsdauer variierten mit dem Lebensalter. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (im Alter bis 30 Jahre) wiesen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung höhere Anteile an transitorischen Armutserfahrungen auf. Dies galt auch für die mittleren und höheren Einkommensschichten. Möglicherweise haben diese nach Abschluss der für diese Altersgruppe typischen Ausbildungsphasen temporäre Armutphasen überwinden können. Ältere im untersten Einkommensbereich trugen indes ein besonders hohes Risiko, länger im prekären Einkommensbereich zu verbleiben.

► **Abb 5** Armutsdynamik verschiedener Einkommensschichten im zeitlichen Verlauf – in Prozent



Haushaltsnettoeinkommen im Monat, äquivalenzgewichtet.
Datenbasis: SOEP v39